Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des zeitweiligen Sonderausschusses für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten

Sitzungstermin: Dienstag, 17.05.2016

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 19:00 Uhr

Ort, Raum: Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Sitzungsteilnenmer:			
Anwesende Mitglieder			
Vorsitz			
Susanne Schreiber	Rostocker Bund/ Graue/ A	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	
reguläre Mitglieder			
Jutta Reinders	DIE LINKE.		
Phillip Bock	DIE LINKE.		
Steffen Kästner	CDU		
Patrick Tempel	CDU	Vertretung für: Frau Jahnel, Ulrike, bis TOP 7.1	
Ümran Junge	SPD		
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜN	IEN	
Jahn Osterloh	UFR/ FDP	Vertretung für: Herrn Hammer, Jan Hendrik	
Verwaltung			
Steffen Bockhahn	Senator für Jugend und S Gesundheit, Schule und S		
Stephanie Nelles	Büro für Integrationsfragen für Migrantinnen und Migranten		
Robert Pfeiffer	Amt für Jugend und Soziales		
Sascha Mader	Amt für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration		
Antonia Schröder	Amt für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration		
Marcel Kempert	Büro des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienst der Bürgerschaft		
Gäste			
Jan Hornung	DRK Kreisverband Rostock e. V.		
Birgit Witte	Ökohaus e. V.		
Vertreter/innen der Medien			
Entschuldigte Mitglieder			
reguläre Mitglieder			
Kristin Schröder	DIE LINKE.	entschuldigt	
Ulrike Jahnel	CDU	entschuldigt	
Jan Hendrik Hammer	UFR/ FDP	UFR/ FDP entschuldigt	

Ausdruck vom: 15.06.2016

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.04.2016
- 4 Anträge
- 4.1 Eva-Maria Kröger für die Fraktion DIE LINKE., Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD, Uwe Flachsmeyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungsstätten Vorlage: 2016/AN/1708
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationsvorlagen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Aktuelle Berichterstattung des Amtes für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration
- 7.2 Themenschwerpunkte für die nächsten Ausschussitzungen
- 7.3 Objekt Liskowstraße 36/37
- 8 Schließen der öffentlichen Sitzung

(nichtöffentlich)

- 9 Anträge
- 10 Beschlussvorlagen
- 11 Informationsvorlagen
- 12 Verschiedenes
- 13 Schließen der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Schreiber eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Mit Datum 9. Mai 2016 ist den Mitgliedern des Ausschusses die Ladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte ebenfalls ab 9. Mai 2016 durch Aushang im Schaukasten am Rathaus und in den Ortsämtern.

Der Ausschuss ist zu Sitzungsbeginn mit acht anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

Frau Schreiber informiert die Ausschussmitglieder über die Niederlegung des Bürgerschaftsmandates von Frau Barlen und damit verbunden die Beendigung der Mitgliedschaft und des Vorsitzes im Ausschuss. Frau Schreiber schlägt vor, die Nachwahl der/ des Vorsitzenden des Ausschusses vorzunehmen, wenn die Nachbesetzung für Frau Barlen durch die Bürgerschaft erfolgt und der Ausschuss dann mit zehn Mitgliedern wieder vollständig besetzt ist.

Dazu gibt es keine gegenteiligen Auffassungen.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung wird in unveränderter Form bestätigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.04.2016

Die Niederschrift der Sitzung des zeitweiligen Sonderausschusses für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten vom 12. April 2016 wird genehmigt.

Abstimmung: Abstimmungsergebnis:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Eva-Maria Kröger für die Fraktion DIE LINKE., Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD, Uwe Flachsmeyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungsstätten

Vorlage: 2016/AN/1708

Herr Pfeiffer und Frau Nelles nehmen aus Sicht der Verwaltung Stellung zum vorliegenden Antrag. Das Anliegen wird durch die Hansestadt Rostock ideell unterstützt. Es mangelt aber an der finanziellen Untersetzung. Diese sollte mittel- bis langfristig in gemeinsamen Gesprächen mit den Trägern der SBZ präzisiert werden.

Die Ausschussmitglieder diskutieren die Angelegenheit. Es wird angeregt, die Beratungsfolge des Antrages um den Jugendhilfeausschuss zu erweitern - die Mitglieder der einreichenden Fraktionen nehmen den Hinweis zur Kenntnis.

Herr Pfeiffer regt eine gemeinsame Sitzung des Sonderausschusses mit dem Jugendhilfeausschuss zu dieser Angelegenheit an.

Frau Schreiber regt an, den Antrag durch einen Änderungsantrag des Ausschusses um die Themenfelder 'offene Kinder- und Jugendarbeit', 'Familienbildung' und 'Kindertagesstätten' zu erweitern.

Abstimmungsergebnis zur Einbringung eines Änderungsantrages:

Dafür: 1 Dagegen: 4 Enthaltungen: 3

abgelehnt!

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Aufgaben im Bereich der Integration von MigrantInnen die Stadtteil- und Begegnungszentren wahrnehmen sollen und wie die personellen Bedarfe dafür abgedeckt werden.

Abstimmung: Abstimmungsergebnis:

Dafür:	4	
Dagegen:	4	Angenommen
Enthaltungen:	0	Abgelehnt

Durch die Abstimmung des Antrages hat sich eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss zu dieser Angelegenheit erledigt.

In diesem Zusammenhang hinterfragt Frau Junge die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen diesen beiden Ausschüssen.

Frau Schreiber stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht für Frau Witte.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0 angenommen!

Frau Witte nimmt Stellung aus Sicht des Vereins Ökohaus e. V. zu der Angelegenheit.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass zur nächsten Ausschusssitzung am 28. Juni 2016 Vorschläge/ Schwerpunkte für eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss vorbereitet und abgestimmt werden. Dazu gibt es keine gegenteiligen Auffassungen.

TOP 5 Beschlussvorlagen

- entfällt -

TOP 6 Informationsvorlagen

- entfällt -

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Aktuelle Berichterstattung des Amtes für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration

Herr Mader gibt einen Überblick über die aktuelle Situation.

Der Hansestadt Rostock wurden in der vergangenen Woche 24 anerkannte Asylbewerber zugewiesen, in dieser Woche ist mit zwei weiteren Zuweisungen zu rechnen.

Bisher ist durch das Land M-V keine Reduzierung der Zuweisungszahlen erfolgt. Die Verteilung der anerkannten Asylbewerber erfolgt im Moment zeitversetzt, damit die Auslastung der Unterkünfte des Landes gegeben ist.

Für das Jahr 2016 wird von insgesamt 2.000 Zuweisungen ausgegangen.

Die Hansestadt Rostock ist weiterhin um die Erhöhung der Unterbringungskapazitäten in den Unterkünften bemüht. In der Satower Straße wird eine Aufbettung mit 68 weiteren Plätzen zum 1. Juni 2016 realisiert. In der Bonhoefferstraße ist in dieser Woche die Abnahme geplant, danach stehen auch dort erweiterte Kapazitäten zur Verfügung.

Für die Unterkunft Langenort ist ein Statusbericht zum 1. Juni 2016 in Vorbereitung, über den in der Sitzung des Hauptausschusses am 21. Juni 2016 berichtet werden soll. Zurzeit ist von einer Ertüchtigung der Unterkunft ab Juli 2016 (Hinweis: In der Sitzung wurde der Zeitpunkt 'Oktober 2016' genannt. Noch während der Erstellung der Niederschrift hatte sich aber herausgestellt, dass es sich dabei um eine Verwechslung mit einem anderen Vorgang gehandelt hat.) auszugehen.

Für das Hotel garni ist ein Freizug in vornehmlich dezentralen Wohnraum zum 15. Juli 2016 in Planung.

Die Erstunterbringung aller Neuankömmlinge erfolgt weiterhin in der Industriestraße, weil von dort aus die Sozialarbeit initiiert wird.

Auf Nachfrage von Herrn Kästner informiert Herr Mader, dass es sich bei den Abschiebungen, die in der vergangenen Woche über den Flughafen Rostock-Laage durchgeführt wurden, um Altfälle der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg gehandelt hat, unter Beteiligung des Migrationsamtes. Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber/innen, die im abgelaufenen und diesem Jahr in die Hansestadt Rostock gekommen sind, waren davon nicht betroffen.

Des Weiteren informiert Herr Mader auf Nachfrage von Frau Schreiber, dass es kein verlässliches Zahlenmaterial darüber gibt, ob Rostocker Familien von den Abschiebungen der vergangenen Woche betroffen waren.

Herr Knisch bittet um Übergabe aktueller Kapazitäten und Belegungszahlen aller Unterkünfte auf dem Stadtgebiet (Übersicht liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei).

Frau Schreiber hinterfragt, ob die Herrichtung der Unterkunft Bonhoeffer Straße durch das Amt für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration begleitet wurde. Herr Mader informiert, dass das Amt beteiligt war und in einigen Punkten eine Nachbeauftragung erfolgt ist.

TOP 7.2 Themenschwerpunkte für die nächsten Ausschussitzungen

Im Verlauf der Diskussion zur aktuellen Situation haben sich für die Ausschussmitglieder folgende Schwerpunkte ergeben:

- aktuelle Berichterstattung des Migrationsamtes zu Abschiebungen in der Sitzung am 28. Juni 2016
- aktuelle Berichterstattung des staatlichen Schulamtes zu Beschulungen in der Sitzung am 28. Juni 2016
- Integrationsarbeit in den Betrieben, Bericht der Industrie- und Handelskammer in einer späteren Sitzung
- Einladung der Betreiber der Unterkünfte Bonhoefferstraße und Langenort nach erfolgter Vergabe in einer späteren Sitzung

TOP 7.3 Objekt Liskowstraße 36/37

Herr Knisch informiert, dass er auf seine Anfragen zum Objekt Liskowstraße 36/37 eine Antwort vom Amt für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration erhalten hat und möchte diese den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis geben (Antwort liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei).

In diesem Zusammenhang bittet Herr Knisch um Information, ob die Möglichkeit besteht, Gespräche mit der Ärztekammer aufzunehmen mit dem Ziel, das Gebäude zukünftig als dezentrale Unterbringungsmöglichkeit zu ertüchtigen.

TOP 8 Schließen der öffentlichen Sitzung

Frau Schreiber schließt die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.